

# Genossenschaft und gutes Leben

## Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Von Elmar Altvater

Die Aufmerksamkeit aller Klima- und Entwicklungspolitiker wie -Aktivisten richtet sich bereits auf die kommende UN-Mammutkonferenz „Rio+20“. Vielleicht hat deshalb kaum jemand bemerkt, dass wir uns seit dem 1. Januar 2012 im UN-Jahr der Genossenschaften befinden.

Genossenschaften, so UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, erinnerten die internationale Gemeinschaft daran, dass ökonomische Effizienz und soziale Verantwortlichkeit zugleich verfolgt werden können.<sup>1</sup> Das ist bloß eine Variation seines Lobliedes auf den „global compact“. Dessen Prinzipien der „corporate social responsibility“ und des Profitmachens seien „zwei Seiten der gleichen Medaille“. Wachstum könne, so will es Ban Ki Moon, „nachhaltig“ sein und neben „Profit auch sozialen Fortschritt bringen“.<sup>2</sup>

Tatsächlich aber haben die freien Märkte mit ihrer Shareholdervalue-Logik den Kapitalismus an den Rand des Zusammenbruchs manövriert, nämlich in eine zerstörerische Finanz-, Staatsschulden- und Währungskrise. Auch der Hunger, ein steter Begleiter der Menschen, dem die UNO mit den „Millenniumszielen“ im 21. Jahrhundert den Kampf angesagt hatte, kehrt zurück. Derweil gehen die Bestände fossiler Energieträger zur Neige, eine Energiekrise droht und trotzdem sinken die CO<sub>2</sub>-Emissionen viel zu wenig, als dass der Klimakollaps verhindert werden könnte.

Auf diese Weise werden die systemischen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktionsweise – die natürlichen Ressourcen und die Einrichtungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den entwickelten und in den weniger entwickelten kapitalistischen Ländern – von eben diesem Kapitalismus systematisch untergraben. Selbst Klaus Schwab, der Chef des Weltwirtschaftsforums in Davos, kam in diesem Jahr nicht mehr umhin festzustellen: „Das kapitalistische System passt nicht mehr in die Welt.“<sup>3</sup>

Der real existierende Kapitalismus, so wie wir ihn kennen, ist ganz offensichtlich am Ende einer Sackgasse seiner Entwicklung angelangt.<sup>4</sup> Dabei hatte der „Sieg im Kalten Krieg“ den kapitalistischen Kräften zunächst freie Bahn geschaffen. Doch die Euphorie über das vermeintliche „Ende der Geschichte“

1 Vgl. <http://social.un.org/coopsyear>.

2 In seiner Rede zur Eröffnung des Leaders Summit des UN Global Compact am 24. Juni 2010 in New York.

3 Vgl. „Financial Times Deutschland“, 26.1.2012.

4 Vgl. Elmar Altvater, Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen, Münster 2006.

währte nicht lange. Denn die Entwicklung des realexistierenden Kapitalismus führt – angeblich „alternativlos“ – immer sichtbarer in die Krise.

In dieser Katerstimmung also entsinnt sich die UNO der Genossenschaften, die als eine „moralische Ökonomie“<sup>5</sup> die kapitalistische Erwerbsgesellschaft von Beginn an begleitet haben. Die von der UNO publizierten Zahlen<sup>6</sup> sind tatsächlich beeindruckend und sie sprechen für sich: 800 Millionen Menschen in etwa 100 Ländern sind Genossinnen und Genossen in ländlichen und gewerblichen, in Wohnungsbau- und Kreditgenossenschaften. Energiegenossenschaften sind beim Ausstieg aus den fossilen und nuklearen Großkraftwerksanlagen und beim Einstieg in eine dekarbonisierte, solare und daher dezentrale Energiewirtschaft en vogue. Auch Ärzte organisieren sich vermehrt genossenschaftlich in Praxis-Gemeinschaften. Kommunale Dienstleistungen werden, nachdem sie unter dem Druck der Staatsschuldenkrise abgebaut worden sind, nun in manchen Fällen genossenschaftlich erbracht. Sogar die sogenannten Kreativen, die Urbilder des neuen und nicht nur von Neoliberalen angehimmelten Individualismus der Internet-Galaxis, erbringen ihre Dienstleistungen häufig in genossenschaftlicher Form.

Die Gründe für all das liegen auf der Hand: Man kann Kosten sparen, das Risiko auf mehrere Schultern verteilen, Synergien mobilisieren und obendrein noch Spaß an der Sache haben.

### Treue Genossen

Auch wenn die Gesellschaft sich nicht schon dadurch verändert, dass einzelne Betriebe als Non-Profit-Einrichtungen genossenschaftlich geführt werden, repräsentieren derartige Kollektive der Arbeit die „moral economy“ gegen die schnöde „Moral des Erwerbs“ (Karl Marx) der kapitalistischen Hauptströmung von Profitmaximierung und Ausbeutung.<sup>7</sup>

Genossenschaften haben tief in der jeweiligen Gesellschaftsgeschichte verwurzelte Traditionen. Selbst im und mit dem Kapitalismus erlebten sie einen Aufschwung. Sie zeigen, dass auch in der dominant kapitalistischen Gesellschaft nicht alle Räume durchkapitalisiert sind und dass in den „Residuen“ anders, nicht individualistisch und privat, sondern „eingebettet in die Gesellschaft“ kollektiv gewirtschaftet werden kann. Ihre Form ist keineswegs immer und überall dieselbe: Die deutschen Genossenschaften, die italienischen Kooperativen, das „gute Leben“ („buen vivir“) indianischer Gemeinschaften in Lateinamerika, das Artel – eine zumeist handwerkliche Genossenschaft im vorrevolutionären Russland – oder moderne Tauschringe im krisengeschüttelten Griechenland unterscheiden sich erheblich. Daher ist der weitere, also nicht eng definierte Begriff der „solidarischen Ökonomie“<sup>8</sup> möglicherweise

5 Edward P. Thompson, Plebeische Kultur und moralische Ökonomie, in: Dieter Groh (Hg.), Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt a. M., Berlin und Wien 1980.

6 Vgl. [www.ica.coop/al-ica/](http://www.ica.coop/al-ica/).

7 Vgl. Karl Marx, Philosophisch-ökonomische Manuskripte, Ergänzungsband I, Berlin 1968, S. 551.

8 Vgl. Elmar Altvater und Nicola Sekler (Hg.), Solidarische Ökonomie, Hamburg 2006 und Sven Giegold und Dagmar Embshoff, Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, Hamburg 2008.

der angemesseneren, um die Vielfalt des genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Wirtschaftens erfassen zu können.

### **Solidarische Ökonomie: Von der Not zur Rebellion**

Oft sind Genossenschaften „Kinder der Not“, eine organisierte kollektive Selbsthilfe gegen Hunger, Arbeitslosigkeit, Verlust der Arbeits- und der Menschenwürde. Willy Brandt schreibt in seinem auch heute noch lesenswerten „Bericht aus Deutschland“ von 1946: „Als wir noch reich waren, wollten wir keine Sozialisten sein. Jetzt, wo wir arm geworden sind, sind wir gezwungen, es zu werden“.<sup>9</sup> Die solidarische Ökonomie entsteht daher immer wieder neu als Verteidigung der Würde von „Indignados“, von erniedrigten und empörten Menschen. So war der Boom von Genossenschaften in Argentinien zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine direkte Folge der schweren Wirtschaftskrise am Ende der Menem-Ära mit ihrer brutal-neoliberalen Politik der Enteignung der kleinen Leute. Die „dollarisierte“ Marktwirtschaft funktionierte nicht mehr, als in den späten 1990er Jahre die US-Dollar ausblieben. Die aufgrund der Bindung des Peso an den US-Dollar erfolgte Aufwertung der eigenen Währung blockierte die Exporte und verbilligte die Importe. Die Devisenreserven schmolzen daraufhin dahin. Die Bewegungen der Land- und Fabrikbesetzungen reorganisierten zunächst spontan und insgesamt erfolgreich Produktion und Verteilung, bis den Besetzungen von sozialen (aber auch territorialen) Räumen eine legale Form durch hoheitlichen Akt gegeben wurde – und zwar als Genossenschaft.

Die „Occupy“-Bewegung aus den USA, die auch in Frankfurt oder Paris die Bankenviertel besetzte, hat also eine lateinamerikanische Vorgeschichte. Die Bewegung der Landlosen nahm das Land in Besitz, die Fabrikbesetzer die Fabriken, die „Piqueteros“ die argentinischen Straßen, die nicht unbedacht so genannten „sozioterritorialen“ Bewegungen die Territorien mit den Bodenschätzen und dem Wasser.<sup>10</sup>

Auch in der europäischen Krise entwickeln sich heute neue solidarische Wirtschaftsformen. Jedes Jahr kommen demnach in Deutschland zu den 5500 eingetragenen Genossenschaften etwa 300 dazu, teilt der deutsche Genossenschaftsverband selbstbewusst mit.<sup>11</sup> Dazu gehören auch lokale und internetbasierte Tauschringe, die manchmal von ihren Protagonisten als Vorform einer neuen Gesellschaft verstanden werden, aber zumeist in erster Linie die Not der schweren Krise abwenden sollen. Diese manifestiert sich im Verlust von Arbeitsplätzen, in der Kürzung von Einkommen und in tiefen Einschnitten bei sozialstaatlichen Leistungen. Speziell in Griechenland wäre das Leben für Millionen Menschen infolge der von der Troika erzwungenen Kürzungspolitik noch trostloser, wenn es keine „solidarische Ökonomie“ gäbe.

9 Willy Brandt, *Verbrecher und andere Deutsche*, Bonn 2008, S. 307.

10 Es ist also kein Zufall, dass die räumliche Dimension sozialer Bewegungen vor allem in Lateinamerika thematisiert wird (vgl. Margot Geiger, *Umkämpftes Territorium. Markt, Staat und soziale Bewegungen in Argentinien*, Münster 2010).

11 Vgl. [www.genossenschaften.de](http://www.genossenschaften.de).

In Venezuela, Brasilien, Ecuador, Bolivien und anderswo in Lateinamerika ist die Bewegung bereits weiter: Dort hat sie die Unterstützung von Regierungen und von Einrichtungen des politischen Systems gefunden, etwa in Form der sogenannten *incubadoras* (öffentlich finanzierte „Brutkästen“) zur Unterstützung von sozialen Initiativen.

Daher kommt unweigerlich die Frage auf die Tagesordnung, ob genossenschaftliche, solidarische Aktivitäten mit dem Staat, im Staat selbst oder aber gegen den Staat organisiert werden sollen.<sup>12</sup> Wie können genossenschaftliche Produktion und staatliche (Um)verteilung eine Einheit bilden, zu einem politischen Projekt zusammenfließen? Wie können der nationale Staat und gesellschaftliche Initiativen das zukünftige Gesellschaftsmodell eines „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ gestalten? Anhand dieser Fragen erschließt sich die historische Tragweite der aktuellen „linken“ Regierungen in einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern.

### Das umgekehrte „Transformationsparadox“

Es scheint, als ob Franz Oppenheimers „Transformationsparadox“<sup>13</sup> auch in der gegenwärtigen Krise gilt, aber umgekehrt: Ökonomisch erfolgreiche Genossenschaften, so Oppenheimer, transformieren sich in kapitalistische Unternehmen. Auch Genossenschaften können profitabel sein, wenn sie sich nach innen genossenschaftlich organisieren und zugleich auf dem Markt wie gut geführte kapitalistische Unternehmen konkurrieren. Die baskische Kooperative Mondragon ist ein gutes Beispiel. Nach innen genossenschaftlich organisiert, nach außen agierend wie ein transnationaler Konzern. Daher ist es naheliegend, dass das genossenschaftliche Unternehmen zu einem kapitalistischen wird. Die Transformation folgt dann dem „kapitalistischen Gefälle“: alle Alternativen landen letztlich im kapitalistischen Topf, wo sie zur Mischwirtschaft werden. Dieser Entropiesteigerung kann nur mit großem sozialem und politischem Energieaufwand verhindert werden. Diese Energie bringen soziale Bewegungen nur mit viel Anstrengung auf, und häufig scheitern sie dabei. Daher ist es einfacher, so kann man Oppenheimer interpretieren, dem „seltsamen Attraktor“ Kapitalismus nachzugeben und als Genossenschaften dem kapitalistischen Betrieb „selbstähnlich“ zu werden.

Diese Erfahrung haben viele genossenschaftliche Initiativen machen müssen – in europäischen „Alternativbetrieben“ ebenso wie bei den Landbesetzungen durch die brasilianische Landlosenbewegung. Doch heute vollzieht sich die Transformation offensichtlich auch umgekehrt: Notleidende oder in die Krise geratene kapitalistische Unternehmen werden in Genossenschaften überführt. Kurzum: Wenn der Lack des kapitalistischen Wachstums- und

12 Vgl. Anne-Britt Arps und Raúl Zelik, Mit, im und gegen den Staat – Kooperativen im Grenzgebiet von Kolumbien und Venezuela, in: Elmar Altvater und Nicola Sekler (Hg.), *Solidarische Ökonomie*, Hamburg 2006, S.124 – 131; Raúl Zelik, *Nach dem Kapitalismus? Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Communismus anders denken*, Hamburg 2011.

13 Vgl. Franz Oppenheimer, *Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage*, Leipzig 1896.

Wohlstandsmodells blättert, kommen sehr viele verschüttete Traditionen der „moralischen Ökonomie“ wieder ans Tageslicht.

Daher ist es kein Wunder, wenn derzeit in allen OECD-Ländern – und beileibe nicht nur in den „Entwicklungs- und Schwellenländern“ – der „dritte“, der Non-Profit-Sektor blüht und mehr Arbeitsplätze bietet als die traditionsreiche Industrie, wie die OECD in einer Studie über den Dritten Sektor herausfand.<sup>14</sup> Das ist natürlich nicht nur Grund zum Jubeln. Denn viele der neuen Arbeitsplätze sind prekär. Aber es können auch jene Initiativen ihre Attraktivität entfalten, die für die Realisierung eines Lebens und Arbeitens jenseits der Zwänge von Kapitalverwertung und in Einklang mit den gesellschaftlichen Traditionen und der Natur stehen. Das ist der Grund für die Aufmerksamkeit, die heute die wiederbelebte Genossenschaftsbewegung, die Erfahrungen der „solidarischen Ökonomie“ oder das Konzept des „buen vivir“ aus dem andinen Raum weit über die geographische Ursprungsregion hinaus finden.

### Die Ökonomie des guten Lebens

Dabei müssen auch die (negativen) Erfahrungen des Sozialismus des 20. Jahrhunderts in Erinnerung bleiben: Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion nach 1928 hat die alten genossenschaftlichen Ansätze zerstört, aber in der Form der Kollektivwirtschaft (Kolchose) neue hervorgebracht. Sie waren, wie Alec Nove in seinem Klassiker über die sowjetische Wirtschaft geschrieben hat,<sup>15</sup> Vehikel der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ – der Lenkung von Ressourcen aus der Landwirtschaft in die Industrie, der Bereitstellung von Teilen der Agrarbevölkerung als Lohnarbeiter, der Versorgung der Städte durch das Land. Das unterschied sich im Prinzip nicht fundamental von der kapitalistischen ursprünglichen Akkumulation. Nur mit Hilfe der Kollektivierung der Landwirtschaft war es möglich, die Ziele der Fünfjahrespläne ab 1928 zu erfüllen. Nove betont ausdrücklich, dass „keinen Augenblick ein Zweifel darüber besteht, daß diese Maßnahmen vernünftig waren“.<sup>16</sup> Doch die Vernunft konnte nur mit Zwang auf autoritäre Weise gegen den bäuerlichen Widerstand durchgesetzt werden. Speziell der Genossenschaftsgedanke wurde nicht zuletzt durch die sowjetischen Erfahrungen desavouiert.

Vieles, was für den Sozialismus des 20. Jahrhunderts zentrale Bedeutung hatte, kann daher nicht ins 21. Jahrhundert mitgeschleppt werden. Der Ballast enthält die Einheitspartei und den politischen Zentralismus, die umfangliche Verstaatlichung anstatt der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Zensur der öffentlichen Meinung, den Personenkult, den Atheismus als eine Art neuer Religion, die Zentralität der Arbeiterklasse gegenüber den „Bündnispartnern“ sowie die Auflösung des Spannungsverhältnisses von Freiheit und Gleichheit zugunsten von Gleichheit mit eingeschränkter Freiheit.

14 OECD, *The Non-profit Sector in a Changing Economy*, Paris 2003.

15 Alec Nove, *Die sowjetische Wirtschaft*, Wiesbaden 1963.

16 Ebd., S. 50.

Fatal waren auch die unkritische Übernahme fordistischer Konsummuster und die Auslieferung an den „Systemwettbewerb“ wie die damit einhergehende implizite Bindung an nicht-sozialistische Standards. Der zu überwindende kapitalistische Westen konnte so weiterhin die Normen setzen, die für die sozialistische Entwicklung maßgeblich waren.

Das ist einer der Gründe, warum im 21. Jahrhundert der Rekurs auf das alte Erbe der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas, die Betonung von Solidarität und Kooperation gegen die Konkurrenz als eine überraschende „neue Vision“<sup>17</sup> wahrgenommen wird: *Sumak Kawsay*, das „gute Leben“ bzw. das „Gut Leben“ in „Vielfalt und Eintracht mit der Natur“ (so in der Präambel der ecuadorianischen Verfassung von 2008), in einer solidarischen Gemeinschaft von Menschen, die kooperieren anstatt zu konkurrieren, die sich nicht dem individuellen und kurzfristigen Gewinnstreben verschreiben, sondern langfristig und nachhaltig das kollektive Leben gestalten wollen.<sup>18</sup>

Inzwischen wurde das „gute Leben“ (*buen vivir* oder *vivir bien*) in Bolivien und Ecuador als Verfassungsprinzip verankert, und auch in der venezolanischen Verfassung finden sich viele partizipative Elemente. Mehr noch: Die Natur wird als eigenständige Rechtsperson, als „*pachamama*“ in der „kosmologischen Ordnung des guten Lebens“<sup>19</sup> verstanden. Das ist ein Bruch mit der abendländischen Tradition, in der die Menschen sich die Natur Untertan machen, und in der das weibliche Geschlecht dem männlichen untergeordnet ist. Das *buen vivir* ist also umfassender als etwa das „gute Leben“ bei Aristoteles.<sup>20</sup> In der andinen Tradition ist das Glück der Menschen unvollkommen, wenn es nicht in Harmonie mit dem Rechtssubjekt Natur erreicht werden kann.

## Die Rechte der Natur

Dieses Verständnis von Mensch und Natur und des Menschen in der Natur hat ganz praktische Auswirkungen. Die Rechte, beispielsweise von Unternehmen an der Ausbeutung von Ressourcen, enden gemäß der Verfassung des *buen vivir* an den Rechten der Natur. Dieses Verständnis des Mensch-Natur-Verhältnisses überschreitet das rationalistisch geprägte und dann im Kapitalismus in globalisierter Praxis realisierte Modell der Herrschaft über die Natur, der ununterbrochenen Inwertsetzung von Naturressourcen, der Verwandlung von Naturreichtümern aller in den individualisierbaren und in Geld gemessenen und transferierbaren ökonomischen Wohlstand einzelner, die damit glücklich werden können – oder auch nicht. Der ökonomische Wohlstand wird dabei zum Privileg weniger, das sie vom Kollektiv unterscheidet.

17 David Barkin und Blanca Lemus, *La Economía Ecológica y Solidaria: Una propuesta frente a nuestra crisis*, [www.sustentabilidaes.org/revista/index.php?](http://www.sustentabilidaes.org/revista/index.php?), 2011.

18 David Cortez und Heike Wagner, *Zur Genealogie des indigenen „Guten Lebens“ („Sumak Kawsay“)* in Ecuador, in: Leo Gabriel und Herbert Berger (Hg.), *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch*, Wien 2010, S. 167-200.

19 David Cortez, „El Buen Vivir“ – Ein alternatives Entwicklungsparadigma, Powerpoint-Präsentation während der Weingartener Lateinamerika-Gespräche, Januar 2012.

20 Vgl. Thomas Fatheuer, *Buen Vivir. Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur*, Heinrich Böll Stiftung – Ökologie, Bd. 17, Berlin 2011.

Doch speziell in Lateinamerika werden die Plünderung des Ressourcenreichtums und die Ausbeutung der Menschen nicht länger akzeptiert. Eine umfassende Dekolonialisierung ist angesagt. Das angestrebte „Gut Leben“ ist daher immer auch umkämpft, und der Gegenstand des Kampfes ist das Modell der Entwicklung und die Moral des Wirtschaftens.

Denn es gibt, wie wir gesehen haben, nicht nur eine: In der Verfassung Ecuadors heißt es im Artikel 395: „Der Staat garantiert ein nachhaltiges und in Bezug auf die Umwelt ausgeglichenes Entwicklungsmodell, das die kulturelle Diversität respektiert, das die Biodiversität und die Fähigkeit der natürlichen Erneuerung der Ökosysteme erhält und das die Befriedigung der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen sichert.“<sup>21</sup> Zugleich aber sind überall in Lateinamerika Interessen wirksam, die – wie Günther Anders betonte – „die Erde als eine ausbeutbare Mine“ betrachten und dementsprechend das Verhältnis zur Natur gestalten.

### Lateinamerika: Vom alten zum neuen Extraktivismus

Die Ambivalenz zwischen Solidarität und Unterdrückung, zwischen kollektivem und privatem Eigentum, die bereits Marx für die russische Dorfgemeinde festgestellt hat, bleibt auch in den lateinamerikanischen Reformländern erhalten. Denn der Verfassungstext des *buen vivir* in Ecuador und Bolivien wird nicht 1:1 in die Verfassungswirklichkeit übersetzt. Diese ist vielmehr durch einen „neuen Extraktivismus“ der gleichen Regierungen charakterisiert.<sup>22</sup>

Der „alte“ Extraktivismus des 20. Jahrhunderts war von der Rohstoffausbeute durch transnationale Konzerne und den „säkularen Fall“ der Austauschverhältnisse von Rohstoffen gegen Industrieprodukte (Terms of trade) gekennzeichnet. Die Folge war, dass die Menschen in den Rohstoffländern, von den Angehörigen der „Kompradorenbourgeoisie“ abgesehen, immer ärmer wurden, je mehr Reichtümer aus dem Boden geholt wurden.

Im 21. Jahrhundert jedoch scheint sich der Trend der Terms of trade angesichts steigender Rohstoffpreise umzukehren. Dafür sind sowohl die steigende Nachfrage nach Rohstoffen als auch das knapper werdende Angebot vieler Rohstoffe angesichts des „Peak-everything“ verantwortlich.<sup>23</sup>

Zudem ist es zumindest den „linken“ Regierungen in Lateinamerika gelungen, die Macht der transnationalen Konzerne einzudämmen und sich und der Bevölkerung ein größeres Stück vom Kuchen der Rohstoffausbeute zu sichern. Die Deviseneinnahmen aus Rohstoffexporten bereichern nun nicht mehr nur transnationale Konzerne, sondern werden auch für soziale Projekte der ärmeren Bevölkerung verwendet: Mindestlöhne werden eingeführt, die Alterssicherung verbessert, die Schulbildung gefördert, Universitäten errichtet,

21 Nach Cortez a.a.O.

22 Eduardo Gudynas, Linke und politische Ökologie in Südamerika. Die Grenzen des Fortschritts und die Erneuerung der progressiven Bewegungen, in: „Emanzipation“, 1/2011, S. 34-50.

23 Richard Heinberg, Peak Everything: Waking Up to the Century of Declines, Gabriola Island 2007, vgl. auch die Beiträge in: Andreas Exner u.a. (Hg.), Kämpfe um Land. Gutes Leben im post-fossilen Zeitalter, Wien 2011.

Nachbarschafts- und Stadtteilgruppen werden finanziert, Genossenschaften auf dem Lande subventioniert, öffentliche Dienste wiederbelebt und bereits privatisierte öffentliche Güter wieder vergesellschaftet.

All das ist beileibe nicht wenig, aber es geht über den von Raymond Williams<sup>24</sup> so genannten „Sozialismus der Umverteilung“, den ein bedeutender Teil der westlichen sozialistischen Linken im 20. Jahrhundert zu ihrem Programm erhoben hatte, nicht wesentlich hinaus. Dieser war nicht alles, aber doch sehr viel, woran Tony Judt kurz vor seinem Tod erinnert hat: „Die erste Aufgabe radikaler Dissidenten besteht heute darin, ihr Publikum an die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts zu erinnern – und über die wahrscheinlichen Folgen des leichtfertigen Eifers zu reden, mit dem wir diese Errungenschaften zerlegen. – Die Linke hat, um es ganz deutlich zu sagen, etwas zu bewahren.“<sup>25</sup>

Die Natur mit ihren „Rechten“, die man ja als Begrenzungen des menschlichen Handelns interpretieren kann, wird bei dieser anthropozentrischen Betrachtung allerdings nicht genügend respektiert: Auf die Gesetze der Evolution oder die thermodynamischen Hauptsätze, auf die Mengenbeschränkungen bei erschöpflichen Ressourcen oder auf die Schwellenwerte für toxische Substanzen wird zu wenig Rücksicht genommen. Die natürlichen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Restriktionen sind jedoch ein Hinweis darauf, dass die moralischen Ressourcen in einer kapitalistischen Erwerbsgesellschaft aufgebraucht werden. Umso mehr muss heute eine moralische Ökonomie errichtet werden, die sich unter Beachtung von „Maß und Mitte“ selbst begrenzt.

### **Vom „Sozialismus der Umverteilung“ zum „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“**

Das fossile Zeitalter wird im Verlauf des 21. Jahrhunderts unweigerlich zu Ende gehen. Die konventionellen Bestände von Öl, Gas und Kohle sind heute bereits fast aufgebraucht: Peakoil ist erreicht, Peakgas steht in den nächsten Jahren bevor, Peakcoal ist ebenfalls absehbar. Es gibt zwar noch nicht-konventionelle Bestände, deren Förderung jedoch sehr hohe ökologische und soziale Kosten verursacht. Die Katastrophe der Bohrplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko 2010 war dafür ein Menetekel.

Polares Öl und erst recht das Öl aus den Teersänden in Kanada und Venezuela können nur mit einem hohen Energieeinsatz und unter Inkaufnahme von immensen ökologischen Zerstörungen gefördert werden. Auch ist nicht gewiss, ob der Energieaufwand zur Förderung der fossilen Energieträger überhaupt geringer ist als die „geerntete“ Energie – ganz zu schweigen von den notwendigen Rekultivierungsmaßnahmen.

<sup>24</sup> Raymond Williams, *Resources of Hope. Culture, Democracy, Socialism*, London/New York 1989, S. 213 ff.

<sup>25</sup> Tony Judt, *Sozialdemokratie der Angst: Was lebt und was ist tot an der sozialen Demokratie?* In: „Blätter“, 5/2010, S. 41-58.



Der Anstieg der Konzentration von Klimagasen in der Atmosphäre ist ein weiteres Argument dafür, dass die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern nicht mehr durch die Erschließung neuer Kohle-, Öl- oder Gaslagerstätten überwunden werden kann. Und auch die Atomenergie ist spätestens seit Fukushima keine Alternative mehr.

Der Übergang zu einem weniger energieintensiven Modus des Wirtschaftens auf der Grundlage erneuerbarer, solarer Energiequellen ist daher heute der einzige Ausweg. Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts war im Wesentlichen fossil, der des 21. Jahrhunderts kann nur mit Hilfe von Photo- und Thermovoltaik, Wasserkraft, Wind- und Wellenenergie, Biomasse gelingen. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird also solar, also ökologisch sein – wie umgekehrt auch Ökologen ihren Zielen nur näherkommen können, wenn sie sozialistisch sind. Der ökologische Sozialismus aber ist nur möglich, wenn nicht mehr möglichst hohes Wirtschaftswachstum angestrebt wird. Das hat weitreichende Konsequenzen: Es müssen weniger Güter für Investitionen und mehr Güter für den Ge- und Verbrauch produziert werden. Die ganze Entwicklung von Technologie und Wissenschaft ist von dieser Richtungsentscheidung betroffen.

Im 20. Jahrhundert haben die kapitalistische, aber auch die sozialistische Rationalität die Natur und ihre Grenzen nicht wahrnehmen müssen. Zum einen schienen die Grenzen der Naturbelastung noch fern zu sein, jedenfalls außerhalb des Gesichtskreises der aktiven Generation, und nur wenige sensibilisierte Ökologen haben sie mit geeignetem Sensorium erfasst. Zum anderen dominierten speziell seit dem Beginn der „Systemkonkurrenz“ nach dem Zweiten Weltkrieg blinder Industrialismus und Wachstumsfetischismus die wissenschaftlichen und politischen Diskurse.

Die realsozialistische Entwicklung wurde durch die kapitalistische Entwicklung zutiefst korrumpiert: Die Produktivkraftentwicklung wurde überbetont und die Restriktionen der Natur als zu überwindende Hemmnisse aus kapitalistischen Zeiten missdeutet. Die kritischen Marxschen und Engelschen Ausführungen zur Naturfrage wurden dem Vergessen überantwortet. Im „Systemwettbewerb“ galt es allein, den Sieg zu erringen. Dazu musste das Wachstum gesteigert werden – allerdings auf einem Pfad, auf dem die entwickelten kapitalistischen Nationen einen beträchtlichen Vorsprung hatten und auf dem es ihnen ein Leichtes war, das „Einholen und Überholen“ – die ökonomische Leitlinie der realsozialistischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg – zu verhindern.

### **Eine Planwirtschaft auf der Höhe der Zeit**

Auch sozialistische Planung änderte daran nichts. Sie ist zwar rationaler als die dann doch durch den Markt koordinierte Planung großer Konzerne im kapitalistischen Westen. Doch auch wenn die großen Konzerne in ihrer Planung Methoden nutzen, die – wie die Input-Output-Analyse – in der sozialistischen Planwirtschaft entwickelt wurden, bleibt diese im schmalen Horizont der mikro-

ökonomischen Rationalität befangen und kann makroökonomische, gesellschaftliche Ziele nicht verfolgen. Einzelunternehmen, ob kapitalistisch oder sozialistisch, sind weiterhin der Konkurrenz auf dem Weltmarkt unterworfen und planen daher gegeneinander. Sehr häufig handelt es sich dabei um Nullsummenspiele: Alle Beteiligten planen rational; dennoch enden die einen auf der Verliererbank, während die anderen das Siegestreppchen emporsteigen.

Wer im globalen Raum gewinnt, ist oft Zufällen zu verdanken. Doch durch diese wird die Entwicklungsrichtung der Zukunft bestimmt, auf spontane Weise und nicht geplant. Das ist ein starkes Argument gegen eine Gesellschaft von Privateigentümern und für kollektives Eigentum. Die Voraussetzung dafür, dass eine kollektive Rationalität zum Zuge kommen kann, ist jedoch die kollektive Verfügung über die materiellen Bedingungen des Arbeitens und Lebens, sprich: über die Produktionsmittel.

Im Sozialismus des 20. Jahrhunderts sollte dies vor allem durch staatliches Eigentum gewährleistet werden. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts aber verlangt eine größere Vielfalt von Eigentumsformen: Genossenschaftliches Eigentum, das der großen Bedeutung der bereits „real existierenden“ Genossenschaftsbewegung Rechnung trägt, kommunales und Staatseigentum, das die Bereitstellung von öffentlichen Gütern gewährleistet, Gemeineigentum an der Allmende, auf das weder Private noch der Staat exklusiv Zugriff nehmen können und daher auch traditionelle, indigene Eigentumsformen und Nutzungsweisen angemessen sind.

Auch privates Eigentum hat in einer pluralen Ordnung des Eigentums seinen Platz. Es ist notwendig, doch muss man Regeln erlassen, damit das Eigentum nicht seine „zersetzende“ Wirkung entfalten kann, wie Marx in seinen Briefentwürfen an Vera Sassulitsch über die Rolle der russischen Dorfgemeinde für den Übergang in eine sozialistische Gesellschaft schreibt.<sup>26</sup>

Im Sozialismus des 21. Jahrhunderts könne eine „Planwirtschaft auf der Höhe der Zeit“ irrationale Fehlentwicklungen verhindern.<sup>27</sup> „Auf der Höhe der Zeit“: Das meint hier den Einsatz leistungsfähiger Computer, mit denen die Milliarden Entscheidungen auf Arbeits- und Gütermärkten abgestimmt werden sollen.<sup>28</sup> Die Finanzmärkte werden strikt reguliert und nehmen daher in dieser Vorstellung auf den Festplatten der Computernetzwerke nur wenig Speicherplatz ein. Doch die Vorstellung, die gesellschaftliche Wirklichkeit ließe sich auf einem Computer abbilden, ist dem erforderlichen solaren, solidarischen und demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts schlicht nicht angemessen. Denn diese naive Vorstellung verkennt die Vielfalt der Ansätze solidarischen Wirtschaftens, aus denen eine wirkliche und transformatorische Bewegung aus den kapitalistischen Verhältnissen hervorgeht.

Es kann heute daher nicht darum gehen, die Ökonomie planerisch zu simulieren – schon weil dies gar nicht gelingen kann. Und wenn es gelingen sollte,

26 Karl Marx, Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch, in: Marx-Engels Werke, Band 19, Berlin 1969, S. 384-406.

27 Helmut Dunkhase und Dieter Feuerstein, Planwirtschaft – auf der Höhe der Zeit, in: „Junge Welt“, 10.1.2006.

28 Vgl. Paul Cockshott und Allin Cottrell, Sozialistische Planwirtschaft ist möglich, [www.dcs.gla.ac.uk/publications/PAPERS/7954/planprojektb-idx.pdf](http://www.dcs.gla.ac.uk/publications/PAPERS/7954/planprojektb-idx.pdf), 2006.

würde das für den Plan eingesetzte Computer-Netzwerk Produktion und Konsumtion bestimmen und für gesellschaftliche Partizipation kaum noch Räume öffnen. Die Planung muss daher der räumlichen und zeitlichen Reichweite der produzierten und genutzten Güter angemessen sein. Sie muss also offen sein und auf verschiedenen Ebenen und nicht nur zentral oder gar global erfolgen. Ein Plansystem darf nicht wie eine monokulturelle Großplantage konzipiert werden, in der ökologische Vielfalt ein irrationaler Störfaktor ist und demokratische Diskurse über Alternativen an technisch vorgegebenen Sachzwängen scheitern müssten.

Im Gegenteil: Eine „reale Utopie“ im Sinne Ernst Blochs ist der Sozialismus des 21. Jahrhunderts nur dann, wenn er an den schon heute existierenden Bewegungen der Genossenschaft, der solidarischen Ökonomie und des „guten Lebens“ anknüpft. Wie die in ihnen zum Ausdruck kommenden Möglichkeiten gesellschaftlicher Alternativen glaubwürdig in der Wirklichkeit zukünftiger Gesellschaften entfaltet werden können, eben dafür gilt es heute bereits taugliche Angebote zu entwickeln.

Was Deutschland rührt, wird hier geschüttelt.

Jeden Monat neu am Kiosk.

**konkret**  
: Zeitschrift für Politik & Kultur

Anzeige

[www.konkret-magazin.de](http://www.konkret-magazin.de)